

0077

ARBEITSGRUPPE  
 "HISTORISCHE STANDORTSBESTIMMUNG"

VERTRAULICH

P r o t o k o l l  
der Sitzung vom 15. März 1965

Thema: Gegenwärtiger Stand des Europa-Problems

Anwesende Mitglieder: Herren Minister Dr. A. Weitnauer (Vorsitz)  
 Prof. E. Böhler  
 Prof. E. Bonjour  
 Nationalrat P. Dürrenmatt  
 Prof. J. Freymond  
 Nationalrat Prof. W. Hofer  
 a. Bundesrat Dr. G. Lepori  
 Prof. H. Lüthy  
 Botschafter R. Rügger  
 Minister P. von Salis  
 Oberstkorpskdt. E. Uhlmann  
 Nationalrat Prof. M. Weber  
 a. Nationalrat Dr. K. Wick

Entschuldigte Mitglieder: Herren Nationalrat Prof. O. Reverdin  
 Prof. J.R. von Salis

Andere Teilnehmer: Herren Botschafter P. Micheli  
 Botschafter Dr. A. Lindt  
 Minister Prof. R. Bindschedler  
 Minister Dr. J. Burckhardt  
 Minister Dr. P. Jolles  
 Dr. R. Probst  
 Dr. B. Dumont  
 Dr. A. Janner  
 Dr. J. Iselin  
 Dr. V. Frank  
 Dr. B. v. Tscharner (Protokoll deutsch)  
 A. Hüsler (Protokoll französisch)

- 2 -

Der Vorsitzende begrüsst die Anwesenden und teilt mit, dass diese Sitzung voraussichtlich die letzte an diesem Ort ist, da das "Foyer de la presse étrangère" auf den 1. Mai ins Hotel "Bellevue" verlegt wird.

Nationalrat Dürrenmatt: Referat siehe Beilage

Minister Jolles: Ich beschränke mich darauf, zum Gesuch Oesterreichs um Assoziierung mit der EWG und zum Beschluss des Ministerrats der EWG, mit Oesterreich in konkrete Verhandlungen über eine nähere Verbindung zu treten, sehr kurz unter vier Punkten Stellung zu nehmen.

1. Was die Bedeutung des Ministerratsbeschlusses für die Erweiterungspolitik der EWG betrifft, so weist die Tatsache, dass es Sondierungsgesprächen während zweier Jahre bedurfte, um zu dem äusserst bescheidenen Ergebnis eines blossen Teilmandats zu gelangen, auf die grossen politischen Schwierigkeiten hin, die mit einer derartigen Initiative verbunden sind. Es wäre verfrüht, darin ein Anzeichen für eine allgemeine Erweiterungsmöglichkeit der EWG zu erblicken.
2. Immerhin zeichnet sich in der Entwicklung der Assoziationsdoktrin eine gewisse Auflockerung ab, denn allein schon der Umstand, dass ein Verhandlungsmandat erteilt wurde, bedeutet eine Abkehr von der gegenüber den Neutralen assoziationsfeindlichen dogmatischen Position, wie sie etwa im Memorandum der italienischen Regierung vom Mai 1964 zum Ausdruck kommt. So gibt es beispielsweise keine Anzeichen dafür, dass die EWG von Oesterreich in irgendeiner Form die Aufgabe seiner Neutralitätspolitik verlangt.
3. Respektiert der erwähnte Beschluss die Erfordernisse, welche seinerzeit die drei Neutralen, Oesterreich, Schweden und die Schweiz, im Hinblick auf ihre allfällige Assoziierung mit der EWG formuliert hatten? Nach vertraulichen Mitteilungen enthält das Mandat folgende Bewertung dieser vier Erfordernisse:

- 3 -

- "treaty-making power": Hier ist das Mandat sehr streng. Es wird lediglich zugestanden, dass Oesterreich in der Gestaltung seiner Handelsbeziehungen zu den Oststaaten gewisse Abweichungen vom gemeinsamen Aussentarif der Gemeinschaft vornehmen darf. Jedoch wird der Entscheid hierüber nicht bei Oesterreich liegen, die Modalitäten würden vielmehr im Vertrag mit der EWG limitativ festgelegt. Es ist dies eine rein statische Interpretation der Forderung nach autonomer Gestaltung der Handelspolitik gegenüber Drittstaaten.
- Kündigungsrecht: Der Mandattext scheint sich hierüber nicht auszusprechen; wohl weil die Verhandlungen den gesamten Fragenkomplex der institutionellen Gestaltung der Verbindung noch nicht berühren sollen.
- Kriegswirtschaftliche Vorbehalte (Erhaltung einer ausreichenden Versorgungsbasis): Eine endgültige Entscheidung scheint nicht gefallen zu sein, doch dürfte die geforderte sehr enge wirtschaftliche Verbindung auch auf diesem Gebiet nur geringe Abweichungsmöglichkeiten lassen.
- Separate Institutionen: Festzustehen scheint, dass Oesterreich weder Sitz noch Stimme im Ministerrat der EWG erhalten wird. Jedoch soll, wie bereits erwähnt, über diese Fragen erst später gesprochen werden.

Es kann - diese Schlussfolgerung drängt sich auf - schwerlich gesagt werden, die EWG sei bereit, die vier neutralitätspolitischen Mindestanfordernisse voll zu respektieren.

4. Offenbar und erstaunlicherweise belastete bisher die Frage der möglichen Rückwirkungen des Ministerratsbeschlusses auf Oesterreichs Verhältnis zur Sowjetunion die Gespräche in Brüssel sehr wenig. Frankreich betont, dies sei ausschliesslich eine Angelegenheit der Oesterreicher: Sie müssen entscheiden, wie weit sie gehen wollen und können. Oesterreich scheint nicht darauf bestanden zu haben, dass bloss ein präferenzzieller Handelsvertrag abgeschlossen wird. Das Mandat erwähnt die Form der Verbindung nicht, doch deutet alles auf eine engere institutionelle Lösung hin und Oesterreich zeigt sich darob befrie-

- 4 -

digt. Eine Reaktion russischerseits liegt bis jetzt nicht vor. Die letzte Aeusserung, die wir kennen, datiert vom 30. September vergangenen Jahres. Sie enthält die übliche Warnung vor einer engeren Verbindung Oesterreichs mit der EWG und weist - das ist neu - auf die Gefahr hin, die durch eine Verletzung des Staatsvertrags durch Oesterreich für die Sicherheit in Europa entstehen würde. Wie stark der russische Druck tatsächlich sein wird, ist ungewiss, doch hat die Sowjetunion mit ihrer Gleichstellung von Assoziierung mit der EWG mit dem - staatsvertragswidrigen - wirtschaftlichen Anschluss an Deutschland das Terrain für allfällige Aktionen vorbereitet.

Minister Weitnauer: Zum Problemkreis der europäischen Integration gehört auch die Kennedy-Runde (die in der Presse bis zu einem gewissen Grade ein Schattendasein fristet, weil wegen ihres äusserlich "technischen" Charakters Artikel über sie nur wenig Leser finden). Die direkten Bezüge zur wirtschaftlichen Integration haben den Bundesrat zu einem vollen Engagement in der Kennedy-Runde veranlasst. Wohl ist die Kennedy-Runde eine Veranstaltung der gesamten atlantischen Welt - zu der sich noch Japan gesellt -, doch besteht eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin, die Zolldiskriminierung in Europa durch einen bestenfalls 50 % betragenden Zollabbau, wenn auch nicht zu beseitigen, so doch wesentlich zu mildern. Eine Zollbelastung von durchschnittlich 6 bis 7 % im EWG-Tarif - das bestmögliche Ergebnis der Verhandlungen, was die schweizerischen Exporte nach der EWG betrifft - wäre durchaus erträglich. Wohl ist auch die heutige Belastung von durchschnittlich 12 % nicht prohibitiv - die steigenden Handelsziffern belegen es - doch muss bedacht werden, dass der Intrahandel der EWG noch weit bedeutendere Zuwachsraten aufweist (ähnliches gilt für die EFTA) und dass bei einem Nachlassen der Konjunktur in Europa in erster Linie der Handel mit Drittstaaten gefährdet ist. Ein Erfolg der Kennedy-Runde würde der wirtschaftlichen Spaltung Europas viel von der Beunruhigung nehmen, die sie heute hervorruft.

Der Stand der Verhandlungen: Die Kennedy-Runde erforderte Vorbereitungen von nicht weniger als zweijähriger Dauer. Das hat im wesentlichen zwei Gründe:

- In ihrem Ausgangspunkt ist die Kennedy-Runde eine Auseinandersetzung zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Allein schon die Tatsache, dass die Zolltarife der beiden Hauptbeteiligten so disparitär sind - dem relativ homogenen gemeinsamen Aussentarif der EWG steht der zerklüftete amerikanische Zolltarif mit teilweise extrem hohen Belastungen gegenüber -, führte zu schwierigen Auseinandersetzungen. Dieses sogenannte Disparitätenproblem ist zwar momentan etwas in den Hintergrund getreten, doch wird es wieder aktuell werden, wenn es einmal den Schlusskompromiss auszuhandeln gelten wird.
- Brennend aktuell und nach wie vor ungelöst ist zweitens das Problem der Behandlung der Agrarprodukte. Die EWG strebt mit ihrer gemeinsamen Agrarpolitik eine Autarkie zumindest für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der gemässigten Zone an und berührt damit sehr empfindlich die Interessen der Vereinigten Staaten, Kanadas, Australiens, Neuseelands, Dänemarks usw. Während die EWG der Auffassung huldigt, es sei einfach der bestehende Agrarschutz in seiner Gesamtheit zu konsolidieren, insistieren die Agrarexportländer auf einer Garantie des Marktzutritts.

Trotz der skizzierten Schwierigkeiten trat die Kennedy-Runde am 16. November 1964 mit dem Austausch der sogenannten Ausnahmelisten für Industriewaren in die eigentliche Verhandlungsphase. Für die Agrarprodukte sollen am 16. September 1965 konkrete Offerten gemacht und die Verhandlungen damit eröffnet werden.

Für die Schweiz geht es vor allem darum, unsere Handelsinteressen gegenüber der EWG - sie fallen am stärksten ins Gewicht - zu wahren. Für uns hat in diesem Zusammenhang das Disparitätenproblem seine ganz besondere Bedeutung. Die Tatsache, dass unser Land Hauptlieferant vieler Produkte ist, für die zwischen dem amerikanischen (oder auch englischen) auf der einen und dem EWG-Tarif auf der andern Seite eine Disparität besteht, hat die EWG erfreulicherweise dazu geführt,

in einem Ende 1963 ergangenen Ministerratsbeschluss die Kommission zu ermächtigen, mit den kontinental (!)-europäischen Ländern über die für sie besonders bedeutsamen Disparitätsfälle Gespräche zu führen. Die Schweiz hat diese Möglichkeit bereits intensiv benutzt.

Lange war die Haltung Frankreichs gegenüber der Kennedy-Runde eher negativ. Der General/Staatschef witterte im Freihänderischen Eifer der Vereinigten Staaten wohl dieselbe Gefahr einer "domination américaine" wie in der grossen Idee der atlantischen Partnerschaft überhaupt. Doch scheint an höchster Stelle eine Neubewertung vorgenommen worden zu sein. Frankreich erblickt in der Kennedy-Runde heute eine Gelegenheit zur Regelung spezifisch europäischer Probleme. Offenbar sind es vor allem die handelspolitischen Schwierigkeiten der kleinen europäischen Staaten - ganz besonders auch der Schweiz -, die zu beheben als wünschbar und mittels der Kennedy-Runde erreichbar erscheint. Was geboten wird, ist nicht weniger als ein teilweiser Assoziierungsersatz. Gegenüber dem Weg, den Oesterreich gewählt hat - Null-Zölle im Verhältnis zur EWG und Verlust der EFTA-Präferenz -, scheint diese Lösung - substantielle Konzessionen seitens der EWG aber ohne Zwang zum Austritt aus der EFTA - für die Schweiz vorteilhafter, jedenfalls ihrer aussenpolitischen Konzeption eher entsprechend.

A. Conseiller fédéral Lepori: Il me semble qu'au cours de nos réunions nous devrions nous consacrer essentiellement à un examen de la situation internationale telle qu'elle se présente et ne pas essayer d'élaborer des prévisions plus ou moins précises. En effet, les prévisions, aussi bien fondées qu'elles soient, peuvent être réduites à néant par un seul événement, tel que la découverte de l'Amérique ou le départ du Président de Gaulle, qui bouleverse toutes les données du problème. Aussi, force nous est-il de nous cantonner dans les constatations que suggère le moment présent.

Une de ces constatations est l'importance des idées et des idéologies dans les relations internationales. A l'heure actuelle, on peut dire que tous les problèmes qui dominent les rapports entre les nations sont de nature idéologique. La confrontation Est-Ouest, par exemple, sous ses différentes formes, n'est en réalité qu'un affrontement entre le communisme d'une part et les idées traditionnelles de



l'Occident d'autre part. Aussi, lorsque nous nous interrogeons sur l'avenir de l'Europe, devons-nous avant tout nous demander si dans le domaine des idées, l'Europe a encore un rôle à jouer dans le monde. A mon avis, il ne fait pas de doute que oui. L'Europe qui a imprégné le monde entier de sa civilisation reste encore la mère des idées dans les domaines les plus divers du savoir humain, du droit à la philosophie, de la pensée religieuse à la science. Même si les peuples du tiers monde s'insurgent constamment contre son prétendu impérialisme, leur désir le plus cher est d'imiter les pays d'Europe vers lesquels ils se tournent encore pour s'instruire et se développer. Oui, l'Europe représente encore une force civilisatrice formidable.

Et nous autres Suisses, qui nous rattachons à cette force, nous devons, d'une manière générale, contribuer au rayonnement de la civilisation européenne à travers le monde. Ainsi, à l'intérieur de nos frontières, il nous faut tout d'abord faire face et éliminer de notre vie nationale certains phénomènes qui sont en contradiction avec notre appartenance à l'Europe. Je pense à la xénophobie qui va à l'encontre de la civilisation européenne et des traditions suisses, aux vestiges du passé consacrés par la Constitution fédérale, au problème de la parité juridique et politique sans distinction de sexe. Je pense également à la question du Jura: il serait en effet proprement scandaleux que nous nous montrions incapables de résoudre ce petit problème. D'une manière plus générale, il nous faut mettre de l'ordre dans notre démocratie qui est bien malade.

Notre politique étrangère doit également refléter notre appartenance à l'Europe. Nous devons aider les pays en voie de développement: c'est là une véritable mission que la Suisse se doit de remplir. Avec les pays de l'Est, il nous faut multiplier les contacts sans craindre d'être contaminé, bien au contraire; il nous appartient en effet, comme aux autres pays européens, de contribuer au rayonnement de la civilisation occidentale dans les Etats communistes et non seulement sur le plan culturel, mais également en ce qui concerne sa réussite économique. D'autre part, je suis pour une plus grande solidarité avec l'Occident. La Suisse a trop souvent joué le rôle du maître d'école, du critique des

autres pays. Il est grand temps d'ouvrir nos frontières pour de fructueux échanges avec les autres Etats de notre continent.

Certes, je ne me fais pas d'illusions. La Suisse est un petit pays et nous ne devons pas nous attendre à des résultats spectaculaires, mais, en apportant sa petite contribution, la Suisse aura fait son devoir à l'égard de la communauté internationale et pourra dire un jour: "Salvavi animam meam".

Nationalrat Prof. Weber: Während eines kürzlichen Englandbesuches ergab sich die Gelegenheit, mit dem früheren Labour-Aussenminister Patrick Gordon Walker zu sprechen. Nach Aeusserungen von konservativen Parlamentariern rechnen auch diese mit einer längeren Amtsperiode der gegenwärtigen Labour-Regierung (mindestens anderthalb bis zwei Jahre). Die Opposition scheint zur Zeit kein Interesse an einem Sturz des Kabinetts Wilson zu haben. Die Regierung sieht sich ähnlichen innenpolitischen Problemen gegenüber wie der schweizerische Bundesrat: Teuerung, Wohnungsnot, Fremdarbeiter (hier in der Form farbiger Einwanderer aus Commonwealth-Ländern - ein Problem, dessen polemische Ausschlichtung eine der Ursachen der beiden Wahlniederlagen Gordon Walkers war). Auf aussenpolitischem Gebiet ist vor allem die "special relationship" zu den Vereinigten Staaten im Gespräch: Der Beschluss, einen Importzollzuschlag einzuführen, würde bezeichnenderweise nach Konsultation mit dem amerikanischen Partner gefasst, das heisst, nachdem feststand, dass von dieser Seite keine Opposition zu erwarten war. Die Einstellung der Regierung zur EFTA ist positiv. Die Assoziation soll mit allen Mitteln gestärkt werden, was sich nicht zuletzt in der Absicht niederschlägt, den Zollzuschlag möglichst rasch abzubauen. Mit dem zweiten Schritt dürfte im Sommer, mit dem dritten und letzten im Herbst dieses Jahres gerechnet werden. Dies heisst nicht, dass die Regierung eine Einigung mit der EWG als ausgeschlossen betrachtet. Es sei freilich daran erinnert, dass sowohl Harold Wilson als auch Gordon Walker eher der EFTA zugetan sind. Was die Deutschlandfrage betrifft, so deckt sich meine Ansicht weitgehend mit den von Nationalrat Dürrenmatt geäusserten Gedanken.



Nationalrat Prof. Hofer: Um gleich mit dem Thema Deutschland fortzufahren: In unserem nördlichen Nachbarland herrscht ein ausgesprochenes Malaise, ein Malaise, das leicht zum Nährboden für Entwicklungen werden könnte, die uns alles andere als angenehm sein müssten. Eines der Schlüsselargumente Konrad Adenauers war, die Wiedervereinigung Deutschlands werde erst durch eine enge Integration Europas möglich werden. Heute wird für jedermann sichtbar - und besonders die Intelligenz hat dies klar erkannt -, dass die Dinge nicht so einfach liegen. So lässt etwa das handelspolitische Liebeswerben der westlichen Partnerländer der Bundesrepublik um die DDR, diesen Kreisen das Dilemma klar erkennbar werden. Es ist offensichtlich, dass der Schlüssel zur Wiedervereinigung, wenn überhaupt irgendwo, dann im Kreml liegt. Gerade deshalb gilt, dass die "deutsche Gefahr" nicht eine Neuauflage des Nazitums sein wird, sondern ein Zusammenspannen des deutschen Nationalismus mit dem Bolschewismus. Wenn im Gespräch jene ominösen Namen wie Rapallo, ja sogar Tauroggen, wieder auftauchen, dann lässt uns das erkennen, wo und wie die Dinge für uns unangenehm werden können.

Zum Problem der russischen Politik gegenüber der EWG im Zusammenhang mit dem Assoziationsdrang Oesterreichs: Auch für die Schweiz sind Assoziationsverhandlungen noch nicht endgültig aus Abschied und Traktanden gefallen. Wenn aber die Sowjetunion im Zuge ihrer EWG-feindlichen Haltung ihr Veto gegen eine Assoziierung Oesterreichs einlegt - und dies scheint so gut wie gewiss zu sein -, so können sich auch für die Integrationspolitik der Schweiz Schwierigkeiten einstellen. Unser Bemühen, die Neutralität weltweit abzustützen, könnte scheitern, wenn der Kreml sein bisheriges - und nie anders als taktisch zu verstehendes - Wohlwollen für unsere traditionelle Haltung fallen lässt. Der Vorstoss Oesterreichs wird damit auch in dieser Hinsicht für die Schweiz zum Testfall.

Minister Jolles: Es handelt sich um ein geheimes Memorandum, das dem österreichischen Botschafter in Moskau am 30. September 1964 überreicht wurde. Die entscheidende Stelle lautet wie folgt:

- 10 -

"Was die mit den Plänen Oesterreichs hinsichtlich der EWG verbundenen Fragen betrifft, so hält die sowjetische Regierung ihre, der österreichischen Regierung aus früheren Erklärungen der sowjetischen Seite wohlbekannte Position aufrecht. Die sowjetische Regierung erachtet es für notwendig, noch einmal zu unterstreichen, dass sie ein Sich-Anschliessen Oesterreichs an die EWG, in welcher Form auch immer, als einen Wendepunkt in der von Oesterreich verkündeten Politik immerwährender Neutralität und als faktische Herstellung einer durch den Staatsvertrag verbotenen wirtschaftlichen Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland mit allen sich hieraus ergebenden Folgen für die Unabhängigkeit Oesterreichs und die Interessen der europäischen Sicherheit betrachten würde.

Geführt von den Zielen der Aufrechterhaltung und Entwicklung der Beziehungen der Freundschaft und Hochachtung, die sich zwischen unsern Ländern gebildet haben, hofft die sowjetische Regierung, dass die österreichische Regierung diese unsere Haltung sowie unser Streben, die österreichisch-sowjetischen Beziehungen vor Komplikationen zu bewahren, richtig verstehen wird."

Oesterreich ist, ob dieser Formulierung nicht besonders beunruhigt, überzeugt, dass seine proklamierte Vertragstreue gegen alle Eventualitäten abschirmen wird.

Prof. Freymond: - Je n'ai pas de réserves à formuler au sujet des interventions de MM. Jolles et Hofer en matière de politique européenne. En particulier, je suis comme eux convaincu que le gouvernement autrichien est en passe de s'engager sur un chemin dangereux, car les Soviétiques peuvent difficilement permettre un rattachement de l'Autriche au Marché Commun sous quelque forme que ce soit, en violation des dispositions du Traité d'Etat.

Je suis d'autre part entièrement de l'avis de M. Dürrenmatt, d'après lequel les problèmes de l'Europe doivent être étudiés dans une perspective mondiale. Mais, à ce sujet, j'aimerais relever que le conflit du Vietnam n'est qu'un élément d'un phénomène beaucoup plus vaste.

Depuis 1945, on peut dire que ce sont le conflit Est-Ouest d'une part et le processus de décolonisation en Afrique et en Asie d'autre part qui ont donné leurs structures aux relations internationales. Mais, à l'heure actuelle, ces deux phénomènes, bien qu'ils se manifestent encore sporadiquement, perdent de plus en plus de leur influence au profit d'un troisième, le conflit Nord-Sud. J'entends par là, la révolte sociale et nationale des pays pauvres contre les pays riches et

- 11 -

hautement industrialisés. Certes, cette révolte a été préparée par l'Union Soviétique et la Troisième Internationale, mais, depuis quel- que temps déjà, elle est organisée et alimentée par la Chine communiste qui apparaît à l'heure actuelle sur la scène mondiale comme le facteur révolutionnaire et, dans la terminologie communiste, comme le facteur décisif parce que révolutionnaire.

Cette activité politique de la Chine a eu comme premier ré- sultat celui de placer l'Union Soviétique devant un dilemme dramatique. Une foule de phénomènes et d'indices le prouve . En effet, si l'URSS opte pour la révolution à l'échelle mondiale, elle se verra rapidement réduite au rang de second, derrière une Chine bien plus radicale et extrémiste et elle risquera la guerre atomique et une destruction dont elle ne veut pas. Si d'autre part, l'URSS ne joue pas la carte révo- lutionnaire, elle se verra tôt ou tard acculée à ce que l'on peut bien appeler sa "conversion", conversion que les idéologues communistes ne peuvent pas vouloir.

Mais l'action révolutionnaire de la Chine crée également une situation délicate pour les Etats-Unis et les puissances européennes, qui est d'autant plus dangereuse que les intéressés n'en ont pas en- core reconnu les périls. Ainsi, alors que, sous l'impulsion de Pékin, les pays du tiers monde s'organisent et coordonnent leurs efforts, les Occidentaux agissent encore en ordre dispersé au gré de leurs intérêts particuliers. Au Vietnam, par exemple, les Etats européens ont ten- dance à se distancer des Etats-Unis au lieu d'appuyer leurs efforts en vue de hâter la crise et, par conséquent, d'aboutir à sa solution; au Moyen-Orient, les Etats-Unis, la France et la Grande-Bretagne per- mettent en toute tranquillité que la République fédérale d'Allemagne se fasse humilier par Nasser et ne songent qu'au jour où ils pourront occuper les positions allemandes dans cette région du globe.

Dans cette perspective, il est donc approprié de relever que les dangers ne proviennent pas exclusivement de la crise du Vietnam, mais que d'autres foyers, tout aussi virulents, peuvent se former d'un instant à l'autre dans le monde, au Moyen-Orient, par exemple, où une puissance impérialiste, la République Arabe Unie, joue le rôle de ca- talyseur. Ces crises ont ceci de particulier, que, même si elles n'ont

pas d'implications militaires, elles auront certainement des répercussions politiques sur les relations entre les Etats-Unis et l'Europe d'une part et entre les Etats-Unis et l'URSS d'autre part. Plus exactement, ces crises retardent et peuvent même empêcher le rapprochement entre les Etats-Unis et l'Europe et surtout celui entre les Etats-Unis et l'URSS, toute une série de facteurs poussant, à plus ou moins longue échéance, à une convergence des deux puissances en question. D'une part, il y a en effet la diminution progressive du conflit idéologique, et l'autre l'affinité naturelle de deux sociétés industrielles ayant à résoudre les mêmes types de problèmes et, enfin et surtout, la prise de conscience dans chacun des deux pays de la nécessité d'une entente sur le plan atomique comme condition d'une paix durable.

En résumé, la situation actuelle se caractérise par une extrême confusion due à l'enchevêtrement des facteurs à long terme et de ceux à court terme, l'essentiel étant de ne jamais perdre de vue malgré tout, les facteurs à long terme.

Dans cette perspective quels sont les enseignements à tirer pour la Suisse?

En matière de politique européenne, la solution esquissée par M. Weitnauer et que nous pouvons appeler "la solution Kennedy-round"; par le fait même qu'elle tient compte du rapprochement futur Etats-Unis - Europe et, partant, d'une communauté occidentale élargie, est bien plus sage que la solution autrichienne qui se base uniquement sur l'existence de la petite Europe, de l'Europe des Six.

Dans nos relations avec les pays communistes d'Europe, il convient de ne pas perdre de vue que les frontières avec l'Est tendent de plus en plus à diminuer d'importance et que, partant, il faut prendre pied, le plus tôt possible, dans ces pays aussi bien sur le plan économique que politique.

Pour ce qui est des pays du tiers monde, il faut se pénétrer de l'idée que la coopération technique n'est pas simplement de l'aide et de la charité, mais un acte hautement politique, un acte d'auto-défense, nécessaire à notre survie dans la lutte contre les forces qui tendent à notre destruction.

Minister Weitnauer: Auch innerhalb des "tiers monde" sind bedeutsame machtpolitische Verschiebungen eingetreten. Noch vor nicht langer Zeit war Indien unbestreitbar einer der Führer dieser jungen Völker, heute ist das selbe Land Exponent einer ausgesprochen konservativen Politik, während China, indem es die Ressentiments der Farbigen gegen die Weissen mobilisiert, einen unüberhörbaren Führungsanspruch geltend macht.

Prof. Lüthy: Es gibt nicht die dritte Welt. Denn wer könnte die Spannungen übersehen, die innerhalb dieser Völkergruppe wirksam sind? Ein jeder möchte ihr Führer sein, stösst aber mit diesem Anspruch an Ressentiments zwischen Asiaten und Afrikanern, zwischen Negern und Arabern, die nicht minder tief gehen als der Gegensatz Weiss-Farbig. Die "dritte Welt" als geschlossener Machtfaktor ist nicht inexistent und nicht unwirksam, aber doch sehr weitgehend eine "vue de l'esprit" ähnlich dem "Aufstand des Weltproletariats". In der Weltgeschichte pflegen die grossen Dinge nicht auf so eindeutige Weise zu gelingen.

Prof. Freymond: Je partage entièrement l'avis de M. Lüthy en ce qui concerne les divisions qui règnent parmi les pays du tiers monde. Mais le danger que j'ai dénoncé provient d'une prise de conscience insuffisante, de la part des puissances occidentales, de l'activité révolutionnaire qui secoue ces pays. C'est justement cette ignorance du phénomène qui permet à un certain nombre d'individus parmi les plus extrémistes de prendre facilement la tête de la révolte sociale et nationale du tiers monde, alors que si les gouvernements occidentaux se rendaient compte de la gravité du péril, ils se donneraient la peine de manoeuvrer ces personnages les uns contre les autres en jouant sur leurs contradictions.

La Conférence mondiale du commerce a offert un exemple éloquent de la situation que peuvent créer cette impréparation et cette ignorance des facteurs profonds: les pays industrialisés y ont affronté en ordre éparé un bloc de 77 nations parfaitement soudé, le Secrétariat de la Conférence ne se bornant d'ailleurs pas à organiser les travaux, mais les dirigeant vers les objectifs qu'il se proposait d'atteindre. Les 77 ont ainsi remporté un grand succès dû en grande partie au fait que les Occidentaux avaient simplement sousestimé ou ignoré le défi contenu dans la conférence.



Minister Weitnauer: Solidarität und Zerrissenheit - wir sehen in dieser "dritten Welt" beides; wer wollte hier recht haben? Immerhin war es erstaunlich und symptomatisch, wie an der UNO-Welthandelskonferenz sich 77 Länder zu einer handelnden Einheit zusammengefunden haben.

Minister Jolles: Der Erfolg der Entwicklungsländer an der Genfer Konferenz wurzelte in der Tat in einem wachsenden Solidaritätsbewusstsein. Diese Entwicklung schreitet fort. Die Wirtschaftskommission der UNO für Lateinamerika findet ein positives Echo für die von ihr entwickelten Gedankengänge und Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei den Kommissionen für Afrika und Asien.

Die Uneinigkeit der industrialisierten Staaten des Westens trägt ihrerseits zur Stärkung dieser Solidarität bei. Nie wieder, so schwor sich der Westen, werde er ein Unternehmen dieser Grössenordnung so schlecht vorbereiten. In der OECD wurden drei Unterausschüsse gebildet. Doch geschehen ist nichts, denn die Mitgliedstaaten können sich auf keine konstruktiven Gegenvorschläge einigen, ja. man erblickt darin nicht einmal ein Uebel, da man sich ohnehin erst einmal die Vorschläge der Unterentwickelten anhören müsse. Bei Beginn der Welthandelskonferenz hatte man dasselbe gesagt. Es ist ganz offensichtlich, dass die Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Frankreich jeder für sich sein eigenes Spiel zu eigenem Nutzen treibt und sich nicht in die Karten blicken lassen will. Das Drängen der Kleinen erweist sich als wirkungslos.

Prof. Weber: Einigkeit herrscht nicht einmal innerhalb der Gruppe der EWG-Mitgliedstaaten. Der Getreidepreisbeschluss hat die Krise bloss "für diesmal" überwinden können, weitere Krisen sind aber bereits in Sicht, namentlich auf dem Gebiet der Währungspolitik, denn die Festlegung von Preisen für die ganze Gemeinschaft hat es den einzelnen Mitgliedstaaten unmöglich gemacht, ihre Währung auf- oder abzuwerten.

Minister Jolles: Diese Lagebeurteilung wird vom Integrationsbüro weitgehend geteilt. Die Schaffung einer gemeinsamen Währungspolitik dürfte sich für die EWG als die wichtigste noch zu nehmende Hürde erweisen, und es hat den Anschein, dass die damit zusammenhängenden Probleme nicht im engen Kreis der Sechs gelöst werden können. Dennoch sind wir der Ansicht, dass der Vergemeinschaftungsprozess den Punkt bereits überschritten hat, den man den "point of no return" nennt.

Minister Weitnauer: Es zeigt sich also einmal mehr, dass viele und gerade die wichtigsten Probleme - Verteidigung, Währungspolitik, Handelspolitik, Entwicklungshilfe - der westlichen Welt als ganzer gestellt sind und dass es nicht genügt, wenn die EWG bloss für ihren eigenen Wirtschaftsraum Lösungen zu finden und zu verwirklichen sucht.

Prof. Böhler: Die Einsicht, dass die wirtschaftspolitische Spaltung in Europa überwunden werden muss, scheint beispielsweise bei der britischen Grossindustrie zu wachsen.

Botschafter a.D. Rüegger: Es fällt schwer, jetzt schon zu Schlussfolgerungen zu gelangen. Richtig scheint, dass die heutigen Probleme - auch die europäischen - unter globalen Aspekten betrachtet werden müssen.

Man kann sich fragen, ob nicht eines der wesentlichsten Ziele des Westens sein muss, die Sowjetunion an der Errichtung einer zweiten Front in ihrem diplomatisch-weltrevolutionären Kampf zu hindern. Sie darf nicht durch die Unvorsichtigkeit des Westens in die Arme Chinas getrieben werden. Tendenzen in Richtung auf verstärkte Kontakte müssen - mit aller gebotenen Wachsamkeit - gefördert, der Einfluss Chinas dagegen zurückgedrängt werden. Unter Umständen könnten UNO-Interventionen in diesem Sinne dienlich sein, etwa - wie Anthony Eden mit staatsmännischem Weitblick erkannt hat - zur Ausfüllung eines Machtvakuumms im Mittleren Osten.

Was Europa betrifft, so kann man annehmen, dass nach einem allfälligen Sturz der Labour-Regierung in Grossbritannien, die jungen Kräfte in der konservativen Partei auf eine Wiederannäherung an Europa drängen werden. Die heutigen Divergenzen im westlichen Lager sind in

- 16 -

der Tat äusserst bedenklich und gerade die kleinen Staaten sind berufen, auf Ausgleich hin zu wirken, wo immer dies möglich erscheint. Hier läge eine Aufgabe für eine positive Neutralitätspolitik der Schweiz. An Ansatzpunkten fehlt es ja nicht. Wir können

- mithelfen, die Kennedy-Runde dem erhofften Erfolg entgegenzuführen,
- im Rahmen der Welthandelskonferenz die Einheit der westlichen Industriestaaten mit aller Energie fördern,
- vielleicht auch eine Zuspitzung der Dinge in der Oesterreichfrage verhindern helfen,
- im Lande selbst, das Aufflammen von Strohfeuern - heute die Xenophobie, vor ein paar Jahren die Antiosthandelskampagne - verhindern.

Ministre de Salis: Pendant longtemps nous avons été préoccupés par les possibilités d'une intégration politique de l'Europe. D'après ce que vient de nous dire M. Dürrenmatt, il paraît qu'à l'heure actuelle un tel danger n'existe pas. Si son diagnostic est exact, et j'ai toutes les raisons de le croire, il y a certes lieu de s'en féliciter. Mais, quoi qu'il en soit, il est clair que le ralentissement des efforts en vue d'une intégration politique est l'oeuvre d'une seule personne: le Président de Gaulle. Or, combien de temps encore durera son emprise sur la vie politique française? Cinq ans, six ans peut-être. Qu'est-ce qui se passera en France après son départ? Est-ce que ce seront les "européens" qui, parmi les hommes politiques français, joueront à nouveau les premiers rôles?

Toutes les questions montrent que le danger d'une intégration politique peut resurgir un jour ou l'autre au gré des circonstances. C'est pourquoi je crois que nous devons mettre à profit ces années de répit pour éclaircir la situation dans ce domaine. En effet, si l'Europe politique de demain devait s'identifier aux six pays de la Communauté, notre position pourrait devenir très précaire.

M. Lepori a évoqué les problèmes intérieurs de la Suisse qui attendent une solution. Je n'en retiendrai qu'un, celui de la xénophobie, pour demander ce que peuvent faire nos autorités, si une partie de l'opinion publique se refuse à écouter la voix du bon sens, comme tel semble être le cas. A mon avis, rien de plus que ce qu'elles font déjà, à savoir, tâcher d'éclairer l'opinion.

Ambassadeur Micheli: Dans les conclusions de son exposé, M. Dürrenmatt a parlé d'une "Aufwertung" de la neutralité dans la conjoncture actuelle. Il m'intéresserait de savoir s'il peut vraiment être question d'une "Aufwertung" aussi bien sur le plan mondial que sur le plan européen. Je pense en particulier à la situation qui s'est créée dans le monde à la suite de l'antagonisme entre les pays sous-développés et les pays industriels auxquels nous appartenons et desquels, bien que neutres, il nous est difficile de nous distancer dans le conflit Nord-Sud. A titre d'exemple, j'aimerais citer le litige entre la République fédérale d'Allemagne et la République Arabe Unie qui peut, d'un moment à l'autre, conduire à une rupture des relations diplomatiques entre l'Allemagne de l'Ouest et les Etats arabes. Or, bien que nous ayons toujours soutenu que la représentation des intérêts étrangers est l'un des meilleurs services que notre position de neutres nous permet de rendre à la communauté internationale, nous nous rendons parfaitement compte qu'il est quasiment exclu que les Etats arabes demandent à la Suisse de les représenter en République fédérale d'Allemagne. Dans les conditions actuelles, nous sommes en effet à peu près certains qu'ils s'adresseront à l'un des pays qu'ils situent dans leur camp. N'y a-t-il donc pas là le signe d'une dévalorisation de la neutralité aux yeux des pays du tiers monde?

D'autre part, M. Dürrenmatt a évoqué la crise que traverse actuellement l'Association européenne de libre-échange. Or, au mois de mai aura lieu à Vienne la prochaine réunion du Comité des ministres de l'Association qui sera consacrée à une analyse de la situation et à une étude des perspectives d'avenir. M. Dürrenmatt pourrait-il nous dire, et ce sera là ma deuxième question, quel est, à son avis, le rôle que les Etats membres de l'Association européenne de libre-échange peuvent jouer à courte et à longue échéance?

Nationalrat Dürrenmatt: Wenn ich gesagt habe, die Neutralität der Schweiz habe in jüngster Zeit wieder eine gewisse Aufwertung erfahren, so habe ich im wesentlichen an die europäische Situation gedacht. Solange noch die Devise galt: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns! und solange Russland allen als der grosse Feind erschien, war jede Neutra-

lität verdächtig und unverständlich. Seit sich jedoch die Fronten auflockern, seit der Schutz der NATO vielen fragwürdig erscheint, seit die Kleinstaaten der Allianz sich unserem Standpunkt nähern und zu "uneingestandeneneutralen" werden, steigt die Wertschätzung der Neutralität.

Dagegen verliert unsere Neutralität auf weltweiter Ebene in dem Masse einen Teil ihrer Bedeutung, als der Nord-Süd-Gegensatz andere Antagonismen zu überschatten beginnt und die Solidarität des "tiers monde" an Wirksamkeit gewinnt.

Zur Krise in der EFTA: Ich hatte den starken Eindruck, dass die Einführung von Importzollzuschlägen durch Grossbritannien und die Annäherung Oesterreichs an die EWG demoralisierend wirkten. Heute scheint es jedoch dass der Schaden kleiner ist, als man annehmen musste. Die EFTA bleibt als Reservestellung intakt und wir müssen vielleicht unseren Partnern klar machen, dass es noch Augenblicke geben kann, wo das Bestehen der EFTA von Bedeutung sein wird.

Nationalrat Wick: Die entscheidende Frage, die sich uns heute stellt ist, ob wir das Erbe des Abendlandes erhalten, ob wir "noch einmal davonkommen" können. Europa ist nicht tot, es hat noch geistige Substanz, von der wir leben können, wenn es auch scheint, dass wir weitgehend von der Vergangenheit zehren müssen. Entscheidend wird sein, ob die Divergenzen und Spaltungen des Westens überwunden werden können. Tröstlich ist immerhin die geschichtliche Erfahrung, wie viele unüberwindlich scheinende Gegensätze religiöser, politischer, ideologischer Art allmählich ihre Aussichtslosigkeit verlieren, wie der Gegensatz Papsttum - Kaisertum, Katholizismus - Protestantismus, Monarchie - Republik, so auch Kapitalismus - Kommunismus.

Ist auch der Gegensatz Ost-West am absterben? In vielem ist der russische Bolschewismus eine geraffte Rekapitulation der letzten 150 Jahre europäischer Geschichte. Es besteht immerhin die Möglichkeit, dass er seine eigene Vergangenheit überwinden wird und dass damit in ganz Europa wieder eine gewisse Uebereinstimmung der Grundauffassungen erreicht wird, in der zumindest die kulturelle Substanz des christlichen Abendlandes fortlebt. (Diese Fragen beschäftigten in ganz besonderem Masse den kürzlich verstorbenen Philosophen Hans Barth).



Prof. Lüthy: Auflösung hat alles, was an internationaler Ordnung oder als blosser Versuch einer solchen da war, befallen. Wir erleben eine Art neuer Feudalzeit. Wer wollte es wagen, in dieser Situation eine Perspektive aufzuzeigen.\* Selbst die Kremlherren dürften dazu nicht in der Lage sein. Russland steht vor einer Diskreditierung seiner ideologischen Stellung in der Welt. Hat sie noch Gewicht? Ist sie noch eines Einsatzes wert? Selbst China riskiert, seine Stellung als Vorkämpfer der Weltrevolution einzubüssen, falls es nicht auf die amerikanischen Vergeltungsaktionen gegen Nord-Vietnam zu reagieren vermag.

Man muss sich in dieser Situation bewusst sein, dass Russlands Aussenpolitik eigentlich nie wirklich ideologisch motiviert war. Heute ist die Sowjetunion in Ostasien ganz offensichtlich nicht direkt engagiert, jedenfalls ist sie bloss der Dritte am Zuge, und kann sich genau auf die selbe Weise distanzieren wie zur Zeit von Pearl Harbour: Die Notwendigkeit eines vollen Engagements im Osten war entfallen, dafür konnten in Europa die Fundamente für den Sieg gelegt werden. Lässt man die Parallele gelten, so hätte heute Russland ein Interesse daran, dass sich China und Amerika im Pazifik vollends in die Haare geraten, was in Europa neue Möglichkeiten eröffnen müsste - nicht im Sinne risikoreicher territorialer Eroberungen, sondern im Sinne einer politischen Ausnützung seiner Stellung als - lachender ? - Dritter. So ist denkbar, dass die Sowjetunion schliesslich doch Oesterreichs Verbindung mit der EWG nicht verhindern wird; denn noch ist ja nicht klar, ob sich aus der EWG nicht doch - etwa im Sinne gewisser Gedanken de Gaulles - eine dritte Kraft mit neutralitätsähnlicher Stellung zwischen Amerika und Russland machen liesse. Alle Möglichkeiten sind offen.

In einer Welt, in der die Grenzen zwischen Krieg und Frieden nicht mehr bestehen, sind auch die Krisen nicht mehr klaren Lösungen zugänglich. Man lebt in lauter ausweglosen Situationen und versucht nicht mehr, Entscheidungen herbeizuführen. In dieser Situation ist auch ein

\*Wer könnte etwa für die russische Politik Prognosen aufstellen?

neutrales Kontinentaleuropa nicht mehr undenkbar. Die Aufwertung der Neutralität, von der gesprochen wurde, könnte hier liegen. Grossbritannien dagegen wertet - ausgerechnet unter einer Labour-Regierung - seine Empire-Politik wieder auf und sucht dabei enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, die heute die Rolle spielen, die Grossbritannien früher spielte und die in vielen Fällen das Machtvakuum ausfüllen, wo die britische Macht zu schwach geworden ist. Eben diese Solidarität mit Amerika und das damit verbundene weltweite Engagement lehnt Kontinentaleuropa ab und im Grunde sind dies Vorstellungen, die nicht weit von unseren eigenen entfernt sind.

A. Conseiller fédéral Lepori: J'ai écouté les différentes interventions avec un grand intérêt, mais je crois exprimer le sentiment général en disant que nous n'avons pas pour autant gagné un tableau très clair de la situation. La raison en est fort simple: les hypothèses ne sont que des hypothèses, les prévisions ne sont que des prévisions et la vie politique est par définition changeante.

C'est pourquoi il importe de se placer sur un plan plus concret et de se demander ce que peut effectivement faire la Suisse dans la conjoncture actuelle.

Sur le plan international, je crois qu'il n'y a pas grand' chose à changer dans notre politique. La Suisse doit rester vigilante, suivre avec attention l'évolution des événements et contribuer, dans la mesure du possible, à ce que partout l'emporte l'esprit de modération et de compréhension.

C'est surtout à l'intérieur de notre pays que s'offrent dans l'immédiat des possibilités d'action à notre mesure dans la lutte contre la xénophobie et dans la lutte pour l'égalité des citoyens, sans distinction de confession et de sexe.

Je sais, ce sont là des conclusions bien modestes, mais, à mon avis, les seules possibles.

Minister Weitnauer: Es ist eigentlich erstaunlich, wie sehr sich die Weltlage verändert hat, seit die Kommission für historische Standortbestimmung erstmals zusammentrat. Damals war der Antagonismus zwischen Ost und West noch vorherrschend, Europa fühlte sich bedroht, was den Winigungsbestrebungen eine starke Zugkraft gab. Die Schweiz lag mit ihrer Neutralitätspolitik deutlich quer. Alles, was unsere Arbeitsgruppe als aufmerksame Beobachterin der Weltlage doch vermerken konnte, war, dass die Weltlage flüssig blieb. Flüssig war sie in der Tat geblieben, denn wie ganz anders ist die Konstellation heute! Wir stehen einer Welt gegenüber, die politisch aufs vielfältigste zerklüftet ist und in der bisher einheitliche Teile nochmals in sich zerfallen.

Somit ist es fast unmöglich, eine Schlussfolgerung im Sinne eines politischen Urteils zu ziehen. Die Forderung kann zunächst nur auf geistigem Gebiet liegen. Die Besinnung auf die gemeinsamen Grundlagen des Abendlandes. Die verschiedensten Möglichkeiten bieten sich an: Einigung der westlichen Welt, oder: Wiederherstellung des europäischen Staatensystems unter Einbezug Osteuropas und gleichzeitiger Distanzierung von übrigen Weltteilen. Interessanterweise hat hier heute niemand mehr an die Ideen Jean Monnets anknüpfen wollen.

Nationalrat Dürrenmatt (Schlusswort): Die Diskussion brachte viele Anregungen. Besonders klar wurde die Erkenntnis, wie sehr sich die Welt in drei Jahren verändert hat. Ein Aspekt dieses Wandels wäre noch besonders hervorzuheben: Der Krieg ist wieder zum Mittel der Politik geworden. Gerade weil die Atomwaffen als nichtanwendbar erkannt worden sind, verliert man auch den friedenerhaltenden Respekt vor ihnen.

Das europäische Problem zeigt sich uns als eine grosse Krise der Macht. Vor nur 50 Jahren war Europa in jeder Beziehung noch das Zentrum der Macht. Inzwischen hat sich das Bild vollständig gewandelt: Europa erscheint als Objekt der Macht. Dieser Wandel hat seine Auswirkungen. Die Völker müssen auf irgendeine Weise eine Beziehung zur Macht haben. Politik und Macht gehören unlösbar zusammen. Gerade in der Konzeption de Gaulles liegen Ansätze einer Erneuerung des Machtgedankens.

Die Schweiz freilich musste stets machtlos leben. Ihr ist der Verzicht auf auftrumpfende Macht in Fleisch und Blut übergegangen und damit auch die Erkenntnis, dass Einigkeit nur auf einem föderativen Machtbegriff beruhen kann. Wenn auch der Existenzwille unser politisches Handeln bestimmen muss, so sollten wir doch der Versuchung nicht erliegen, stets nur den Sonderfall Schweiz zu betonen. Auch unsere Existenz ist zum Wagnis geworden, es gibt für uns in Europa wieder Möglichkeiten politischen Wirkens. Die Erstarrung hat einer grossen Vielfältigkeit Platz gemacht, die Gefahren, aber auch Chancen, in sich schliesst. Wir müssen lernen, uns in dieser Situation zu bewegen, und namentlich der jungen Generation die Augen öffnen für die Möglichkeiten, die sich uns darbieten.

Stand 15. März 1965

Zur politischen Situation Europas

Für die folgende Lagebeurteilung gehe ich von drei Feststellungen aus:

1. Der im Augenblick gefährlichste Krisenherd der internationalen Politik liegt in Vietnam. Unmittelbar und intensiv sind in den Vorgängen in Südostasien drei Grossmächte engagiert, von denen zwei als nichteuropäische, die dritte nur bedingt als europäische Grossmacht zu bezeichnen sind, die Vereinigten Staaten, die Volksrepublik China und die Sowjetunion. Die Beteiligung europäischer Mächte an den Ereignissen in Vietnam und in Südostasien ist, wenn man von den britischen Verpflichtungen gegenüber Malaysia absieht, zweitrangig und mittelbar - ein Faktum das für die internationale Bedeutung Europas typisch ist.
2. Die Bestrebungen zur politischen Integration Europas stagnieren. Die Anzeichen dafür vermehren sich, dass sich die Integrationspolitik wieder auf eine Bündnispolitik alten Stils hin entwickelt.
3. Die Bestrebungen zur wirtschaftlichen Integration Europas, im Sinne des Vertrags von Rom und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von Brüssel, haben die Krise weitgehend überwunden, die sich aus den Problemen des gemeinsamen Agrarmarktes ergeben hatte, und werden fortgesetzt.

Indem ich die aktuelle politische Situation Europas auf der Grundlage dieser drei Feststellungen zu analysieren versuche, werde ich gleichzeitig einige Präzisierungen und Ergänzungen vornehmen müssen.

Zunächst zu unserer ersten Feststellung, der Krisenherd in Vietnam sei der gefährlichste, sei ein nichteuropäischer Krisenherd und engagierte die politischen Kräfte dreier nichteuropäischer Grossmächte. In dieser Feststellung kommt die weltpolitische Zweitrangigkeit Europas zum Ausdruck. Drei Grossmächte streiten sich um eine Einflussmöglichkeit, die noch vor einem Menschenalter eine kaum bestrittene europäische Domäne gewesen war. Darüber hinaus trachten mindestens zwei Grossmächte darnach, für die Dauer dieser Auseinandersetzung den Status quo in Europa unangetastet zu lassen, sich aber die europäische Mitarbeit für eine Entspannung wenigstens in taktischer Hinsicht zu sichern. Europa erscheint in ihren Berechnungen als Objekt.



- 2 -

Die Rückwirkungen des Konfliktes von Vietnam auf Europa sind doppelter Art. Sie begünstigen - wie bereits gesagt, auf der einen Seite das Streben der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, den Status quo in Europa unangetastet zu lassen. Sie fördern damit aber auch jene politischen Strömungen in Europa, die in ihren aussenpolitischen Absichten zu den nationalen Kategorien zurückkehren möchten. Das hängt nicht nur damit zusammen, dass wichtige politische Interessen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion durch die Auseinandersetzungen in Südostasien gebunden sind, sondern dass in diesen Auseinandersetzungen das rein machtpolitische Element mindestens ebenso stark erscheint wie das ideologische. Ich gehe so weit, zu behaupten, die Abwertung des ideologischen Momentes durch das machtpolitische mache die besondere Bedeutung des südostasiatischen Konfliktes aus.

Zur Erläuterung dieser Behauptung nur ein paar Stichworte. Die Vorgänge in Vietnam lassen sich nach zwei Versionen, einer eher ideologischen und einer mehr realistischen, darlegen. Nach der ideologisch-kommunistischen Auffassung spielt sich in Südvietsnam ein Befreiungskampf des Volkes gegenüber seinen kapitalistischen Unterdrückern ab, als Fortsetzung eines in Nordvietsnam bereits entschiedenen Kampfes. Es ist die selbstverständliche Pflicht der kommunistischen Brüder Nordvietsnams, die Aufständischen in Südvietsnam zu unterstützen. Der Kampf wäre auch längst zugunsten der sogenannten "progressistischen" Kräfte entschieden, wenn die amerikanischen Imperialisten die südvietsnamischen Reaktionäre nicht massiv unterstützten.

Die Amerikaner haben ihrerseits diesen ideologischen Ball aufgenommen - allerdings viel weniger ausschliesslich als die kommunistische Seite - und erklären, dass sie mit ihrer Unterstützung der antikommunistischen Kräfte Südvietsnams eine für das Schicksal Südostasiens entscheidende Bastion der Freiheit verteidigen.

In einer realistischen, das Moment der Macht mitberücksichtigenden Beurteilung kommt man zu etwas andern Motiven, wenn auch nicht unbedingt zu einer andern Bewertung. Vor allem zeigt sich in einer solchen Darstellung die Stärke der chinesischen Position, weil sich in ihr die ideologischen und die machtpolitischen Interessen ergänzen und bedingen. Der chinesische Kommunismus trachtet darnach,

die industrielle Basis des gewaltigen Reiches zu verbessern und die Ernährung von vorläufig 600 bis 700 Millionen Menschen sicherzustellen. Diese Absicht führt ihn dazu, nach Süden auszugreifen, von Burma, Malaysia über Hinterindien bis nach Indonesien, wo es Reis-Uberschussgebiete und wichtige industrielle Rohstoffe gibt, wo sich die Völker in schwerer sozialer und politischer Gärung befinden, und wo schätzungsweise fünfzehn Millionen Auslandchinesen, zum grossen Teil in Schlüsselpositionen der Wirtschaft, leben.

Überall aber stösst Peking hier auf die Amerikaner als dem materiellen Rückhalt jener Kräfte, die sich dem chinesischen Imperialismus entgegenstellen. Propagandistisch arbeitet Peking unter den riesigen Massen mit der kommunistischen Idee, verbunden mit einem zielbewussten Antiamerikanismus.

Es stellt sich dabei auf langfristige, das atomare Pat mit-einberechnende Aktionen ein. Der Kampf um Vietnam ist eine zum Testfall gewordene Teil- und Einzelaktion. Verlöre ihn Amerika, so ergäbe sich ein kleines Erdbeben im südostasiatischen Raum.

Die Amerikaner verteidigen also eine mit den Konsequenzen des Testfalls ausgestattete Machtposition. Ob es auch eine ideologische Position im Sinne der "Verteidigung der Freiheit" sei, lässt sich nach unserem Dafürhalten weniger eindeutig behaupten. Die überaus verworrenen und undurchsichtigen politischen Verhältnisse in Saigon, mit ihren sich ablösenden Generalputschen, sprechen eher gegen diese Sicht der Dinge. Wohl aber bedeutete ein vorbehaltloser Rückzug der Amerikaner aus Süd-vietnam das politische Chaos, eine rapide Verschlechterung der Position von Malaysia und den Beginn einer taktisch-opportunistischen Umorientierung, sei es unter der politisch massgeblichen Schicht der dortigen Staaten, sei es im ganzen Chinesentum Südostasiens.

Am bedeutsamsten wirkt sich der doppelte Aspekt der südostasiatischen Situation - der ideologische und der machtpolitische - auf die Politik der Sowjetunion aus.

Peking verlangt von Moskau, mit dem ständigen Appell an die gemeinsame Ideologie und an die Bedeutung des geschlossenen, von Elbe und Donau bis an die Himalaya-Kämme und an das Gelbe Meer reichenden, eurasischen kommunistischen Blockes, politische Gefolgschaft. Pekings

Feind Nr. 1 in Südostasien sind die Vereinigten Staaten. In ihnen bekämpft es nach dem ideologischen Jargon den "Kapitalismus", den "Imperialismus" und den "Neokolonialismus" in einem. Pflicht der Sowjetunion wäre es, denselben Feind auf der nordwestlichen Hemisphäre, in Europa und in Mittelamerika, zu binden. Ein solcher Zweifrontenkampf mit verteilten Rollen und mit dem Vorzug der eurasischen inneren Linie läge im Konzept der Weltrevolution.

Nun zeigt sich aber, dass sich der Kreml weigert, dieses Spiel der kommunistischen Konsequenz mitzumachen. Die Politik der Sowjetunion ist in ein Dilemma zwischen ihren ideologischen und ihren national-russischen Pflichten geraten. Sie sträubt sich gegen den Gedanken, innerhalb des eurasischen Blockes nur den Revers einer chinesischen Machtpolitik zu bilden und deren südostasiatische Aspirationen zu unterstützen. Die Machthaber der Sowjetunion fürchten mit ihren 200 Millionen Menschen und mit ihrem deutlichen Schwergewicht im europäischen Teil des Landes den chinesischen Imperialismus, der sich auf 600 bis 700 Millionen Menschen stützt.

Der Entscheid in diesem Dilemma ist nicht gefallen. Der Kreml laviert, indem er überall, wo es möglich ist, den amerikanischen Kolonialismus in den Augen der sogenannten Entwicklungsvölker anprangert, auf der andern Seite aber, besonders mit Bezug auf Europa, aus national-russischen Erwägungen an der Politik der Koexistenz mit den Vereinigten Staaten festhalten will. Die jüngste Entwicklung - Kossygins Reise nach Hanoi und Winogradows Intervention bei General de Gaulle zugunsten eines Waffenstillstandsversuchs in Vietnam - lässt die Vermutung zu, dass die Sowjetunion offenbar nicht an einem eindeutigen Sieg Chinas in den Auseinandersetzungen in Südvietnam interessiert ist.

Nach diesem Abriss der Situation in Südostasien komme ich zur europäischen Situation. Ich erinnere an meine Behauptung, die Bestrebungen nach politischer Integration Europas stagnierten, und es fehle nicht an Anzeichen, dass an die Stelle der Integrationspolitik eine neue Form der Bündnispolitik treten werde.

Allgemein ist zunächst zu sagen, dass das Engagement der Vereinigten Staaten in Südostasien derart umfassend geworden ist, dass diese keine Verwicklungen auf andern Schauplätzen begehren und an der Bewahrung des Status quo in Europa vital interessiert sind.

Umgekehrt zwingen gerade die Grösse und die Bedeutung dieses amerikanischen Engagements die Sowjetunion, sich in Südvietnam einzuschalten. Was heisst, dass auch sie an der Bewahrung des Status quo in Europa interessiert sind.

Die Rückwirkungen dieser Verhältnisse auf Europa sind doppelter Art. Einmal führt der Umstand, dass Amerika und die Sowjetunion anderswo gebunden sind, dazu, dass sich die europäischen Staaten wiederum auf die Besonderheiten ihrer weltpolitischen Lage besinnen. Sodann präsentiert sich die politische Bedeutung der Sowjetunion in einem neuen Licht: Die sowjetische Gefahr erscheint gemildert. Beide Einsichten beeinflussen den politischen Integrationswillen der Europäer, hatte doch die Idee der politischen Integration in jenen Jahren einen mächtigen Anfang genommen, als sich 1953 der Aufstand in Berlin abgespielt hatte, als 1956 der ungarische Aufstand niedergeschlagen worden war und als, von 1958 an, Chruschtschow eine Aenderung im freien Berlin erzwingen wollte.

Zur allgemeinen Beurteilung der aktuellen politischen Lage Europas untersuchen wir die folgenden, sich bedingenden Problemgruppen:

Die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen; die Stellung Grossbritanniens; die Situation im Mittelmeerraum; die Entwicklungen im ehemaligen Mitteleuropa, also bei den sogenannten sowjetischen Satelliten; die Situation der eingestandenen und der uneingestandenen Neutralen.

Es ist richtig, dass das deutsch-französische Verhältnis als die europäische Kernfrage bezeichnet werden muss. General de Gaulle hat den deutsch-französischen Beziehungen die entscheidende Wendung gegeben. Dabei ist zugleich sichtbar geworden, was die Behauptung besagen will, wie europäische Politik führe von der Integration hinweg zur Erneuerung der Bündnispolitik alten Stils. General de Gaulle, der in nationalen Kategorien denkt und zu handeln versucht, hat seinen Willen

in der Frage der wirtschaftlichen Integration durchgesetzt und die Bundesrepublik dazu gebracht, die Opfer des gemeinsamen Getreidepreises auf sich zu nehmen.

Sein Ziel ist es, die Allianz zwischen Frankreich und der Bundesrepublik so zu entwickeln, dass sich diese schliesslich auch seiner Europa-Konzeption fügen wird. In einer Welt, die zum kombinationsreichen machtpolitischen Spiel zurückkehrt, soll ein von Frankreich weise, aber bestimmt geführtes Europa zu neuer Grösse und zu neuem weltpolitischen Einfluss gebracht werden. Die Bindungen, die die Bundesrepublik im Gemeinsamen Markt eingegangen ist, beschränken vor allem ihre wirtschaftliche Verfügungsgewalt über das Ruhrgebiet. Damit sind für Frankreich gewisse Sicherungen gegenüber einem eventuell neu aufkommenden deutschen Nationalismus eingebaut.

Da die Sowjetunion, je mehr sie in ihr Dilemma zwischen den nationalen und den ideologischen Anforderungen ihrer Politik gerät, und je vitaler sie an der Bewahrung des Satus quo interessiert ist, immer weniger bereit sein wird, ihre Positionen in Mitteleuropa aufzugeben, werden direkte deutsch-sowjetische Wiedervereinigungsgespräche eher unwahrscheinlich. Die jüngste Verhärtung des sowjetischen Standpunktes gegenüber der Bundesrepublik bestätigt das.

Auf der andern Seite wird Amerika, so lange es in den vietnamesischen Schwierigkeiten steckt, keinen Finger für die Wiedervereinigung Deutschlands rühren.

Die Bundesrepublik, seit dem misslungenen nahöstlichen Abenteuer vollends von der Isolation bedroht, wird sich - ob sie will oder nicht - an Frankreich und de Gaulle anlehnen müssen. Das Hemd liegt auch hier näher als der Rock. Man möchte sagen, de Gaulle gestalte seine Europa-Politik mit französischen Karten, nach dem Modell der Europa-Politik Bismarcks nach dem Berliner Kongress, wobei der Bundesrepublik in diesem seinem Konzept die einstige Rolle Oesterreich-Ungarns zugefallen sei.

Das, was de Gaulle schon einmal expressis verbis den Deutschen angeboten hat, die europäische Integration auf eine enge deutsch-französische Allianz zu beschränken, ist im Begriff, Wirklichkeit zu werden.



Die Schwäche dieses an und für sich imposanten Konzeptes liegt in der Tatsache, dass der französische Bismarck 74jährig und der deutsche Partner ein überaus schwacher Partner von keineswegs sicherer politischer Zukunft ist. Um den Vergleich mit Bismarcks Europa-Politik fortzusetzen: Auch der österreichische Partner im bismarckschen Konzept war schwach und von unberechenbarer Zukunft. Die Politik der Nachfolger Bismarcks zerbrach zum Teil an dieser Schwäche.

Nun ein Wort zur deutschen Situation:

Die Franzosen - auch die französischen Europäer - haben die Politik der europäischen Integration immer unter dem Blickwinkel geführt, dass sie mit den nationalen Interessen Frankreichs übereinstimmte. Wogegen die Europa-Politik der Bundesrepublik an die Stelle der nationalen Aussenpolitik getreten war. Die nationale Aussenpolitik war tot, weil sie unmöglich geworden war.

Die Konsequenz hätte freilich erfordert, auch die Frage der Wiedervereinigung und der deutschen Ostgrenzen in dieses Konzept einzubauen, also aus der rein nationalen Bezogenheit zu lösen. Das wäre mit Verzicht verbunden gewesen. So weit zu gehen, konnte keine deutsche Regierung und kein deutscher Staatsmann wagen. Es wurde versucht, das Wiedervereinigungsproblem zum Problem der gemeinsamen Politik der westlichen Verbündeten der Bundesrepublik zu machen. Das gelang einigermassen, solange die Sowjetunion in ihrer Europa-Politik aggressiv blieb. Sobald sie aber auf die Politik der Koexistenz mit dem Westen, besonders bezogen auf Europa, einschwenkte, erstarrten die Wiedervereinigungsbeteuerungen des Westens zur Formel. In Bonn geriet man in eine Sackgasse.

Was die Situation der deutschen Aussenpolitik betrifft, so sind im Moment zwei Dinge sichtbar und eindrücklich: die Wiedervereinigungsfrage ist so unaktuell und unrealistisch geworden wie seit langem nicht mehr. Zugleich hat sich, am Problem der Verjährung der Kriegsverbrechen und in der Art und Weise, wie das nahöstliche Experiment vorbeigeraten ist, die ganze Problematik und Schwäche der internationalen Stellung der Bundesrepublik erwiesen. Die Bundesrepublik

ist in eine Isolierung geraten, die ihr innenpolitisches Gefüge erschüttern müsste, wenn sie (wie seinerzeit die Weimarer Republik) mit sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hätte. Das immer noch unter dem moralischen Drucke der Untaten des Nationalsozialismus sich duckende, im übrigen vom Wirtschaftswunder ausgefüllte deutsche Volk nimmt vorläufig in seinen breiten Schichten von diesem Misserfolge keine Kenntnis.

Trotzdem muss man sich mit Bezug auf die weitere Entwicklung seine Gedanken machen. Die Wiedervereinigung wird, in der von der deutschen Politik erhofften Weise auch von Frankreich nie aufgenommen werden. Die Hallstein-Doktrin ist angeschlagen und hat umso weniger Aussicht auf Bestand, als beim Versuch, sie in den Entwicklungsländern durchzusetzen, die Bundesrepublik von ihren Verbündeten nur schwach unterstützt wird. Droht sie mit wirtschaftlichen Gegenmassnahmen, so halten sich die Betroffenen an Frankreich, Grossbritannien oder den Vereinigten Staaten schadlos.

Der Versuch, den Rückhalt an Frankreich zu finden, wird indessen seine Grenzen haben. Die Bundesrepublik kann gegenüber Grossbritannien oder gegenüber den Vereinigten Staaten nie auf die von de Gaulle gewünschte forsche Linie einschwenken. Sie kann nicht vorbehaltlos französische Politik treiben, es wäre denn, sie würde erst recht als schwacher und unabhängiger Partner erscheinen.

Damit beginnen sich gewisse Probleme von morgen abzuzeichnen. Die in ihrer Haltung unsicher und zaudernd wirkende Regierung Erhard erscheint immer mehr in einer Uebergangslage. Eine neue Generation ist im Kommen. Sie trachtet darnach, das furchtbare moralische Erbe Hitlers los zu werden. Sie studiert die politischen Konzeptionen de Gaulles, um sie - übersetzt auf deutsch - vielleicht einmal in einem Augenblick anzuwenden, da de Gaulle die Geschicke Frankreichs nicht mehr leiten wird.

Bereits wagen sich Gedankengänge in Buchform an die Oeffentlichkeit, die vor der "Verschweizerung Deutschlands" warnen, eine neue, dynamische Politik und - um ihr Nachdruck zu verleihen - vierzig Divisionen und irgendwelchen Zugang zu den atomaren Waffen fordern. So in einem

Buch von Hans Georg von Studnitz "Bismarck in Bonn". Von solchen Anfängen bis zur Feststellung, eine Politik im Schatten Frankreichs sei für ein erwachendes Deutschland unwürdig, ist nur ein Schritt.

Es soll mit solchen Hinweisen nicht etwa in gewerbsmässigem Pessimismus gemacht werden. Die Bundestagsdebatte über die Verjährungsfrage stimmt optimistisch. Wir müssen trotzdem bedenken, dass es ein wenig glückliches Zusammentreffen ist, wenn sich die politische Integrationsidee in dem Moment abschwächt, da die Bundesrepublik aussenpolitisch isoliert und ihre Wiedervereinigungspolitik illusorisch erscheint. Für sie war die Integrationsidee ein Fundament, ein Eckpfeiler. An einem derartigen Nullpunkt regen sich jedesmal die Gegenströmungen. Aussenpolitik auf nationaler Grundlage wäre aber für die Bundesrepublik etwas wesentlich anderes als für das immer noch in sich selbst ruhende Frankreich.

In dieser Lage werden alle andern europäischen Problemgruppen bedeutsam. Denn Europa besteht nicht nur aus dem deutsch-französischen Gegensatz. Alle seine andern Aspekte bieten <sup>sich</sup> freilich wesentlich passiver, latenter dar. Und doch käme diesem "andern" Europa die Aufgabe zu, angesichts der Krise der Macht, in der sich unsere alte Welt befindet, allzu alternativ wirkende Entwicklungen zu verhindern oder wenigstens zu mildern.

In dieser Hinsicht hat sich einst eine Möglichkeit für eine britische Europa-Politik. Lange wurde sie nicht genutzt, und als sie endlich genutzt werden sollte, verhinderte General de Gaulle mit seinem Veto gegen den Eintritt Grossbritanniens in die EWG die Möglichkeiten, die dieser Beitritt gebracht hätte. Vorläufig sind alle Absichten einer britischen Europa-Politik aussichtslos. Vordringlich im jetzigen Stadium bliebe, dass die britische Politik überhaupt eine Europa-Konzeption entwickeln würde, die mehr wäre als blosser Funktion der innerbritischen Auseinandersetzungen zwischen den Konservativen und der Arbeiterpartei. Die britische Europa-Politik hätte alle Chancen einer im Gespräch mit dem Kontinent bleibenden Reservestellung.

Einen komplexen Problemkreis der europäischen Politik bildet der ganze Mittelmeerraum, einmal mit Bezug auf die weltpolitischen Zusammenhänge angesichts der Spannungen zwischen den arabischen Staaten und Israel, angesichts der strategischen Flankenstellung Nordafrikas, angesichts des aufgewühlten Zustandes der arabischen Staaten an und für sich, sowie der ideologischen und machtpolitischen Gegensätze, die auch hier aufeinanderprallen.

Dazu kommt, dass sich in Spanien und in Portugal Auseinandersetzungen vorbereiten auf den Zeitpunkt einer personellen Aenderung in den jetzigen autoritären Systemen hin. Diese Auseinandersetzungen können besonders in Spanien von grosser, europäischer Bedeutung werden.

Endlich sei auf die politisch wie sozial gleich labile Lage in Griechenland und Italien hingewiesen.

Die sowjetischen Satelliten Mitteleuropas, vor allem die Polen, die Tschechen und die Ungarn, aber auch die Balkanstaaten im eigentlichen Sinne des Wortes, trachten seit einer Reihe von Jahren darnach, die Fesseln, die sie an die Politik und an die Wirtschaft der Sowjetunion binden, zu lockern. Trotz der unerhörten Radikalität der politischen und sozialen Umwälzungen, die sich dort im Kriege und nach dem Kriege abgespielt haben, sind die geschichtlichen Kräfte, die diese Völker mit dem Westen verbinden, wirksam geblieben. Die zweimalige Ausrottung der polnischen Intelligenz und der führenden sozialen Schicht durch den Nationalsozialismus und hernach durch den Bolschewismus haben nicht vermocht, das nationale und katholische Bewusstsein der Polen zu vernichten.

Gewiss, dieser zunehmende Widerstand gegen die Abhängigkeit von Moskau ist nicht überall gleich stark wie in Polen, aber er ist überall vorhanden. Diese Völker versuchen, sich gewissermassen zu Kontakten mit Westeuropa durchzutasten, einen Fuss in die Tür zu setzen.

Hier böten sich Möglichkeiten für eine gemeinsame deutsch-französische Politik, vorausgesetzt, dass die Bundesrepublik eine Lösung zu finden fähig wäre, aus der sichtbar würde, dass sie die Oder-Neisse-Linie zu akzeptieren bereit wäre. Mit Bezug auf die Sowjetzone

müsste dabei die Forderung der inneren Freiheit, nicht aber diejenige der Wiedervereinigung den Vorrang erhalten. Das Maximum, das mit einer solchen zwischen Paris und Bonn abgestimmten Politik erreicht werden könnte, wäre eine Art "Zernierung" der Sowjetzone. Vorstösse, wie diejenigen von Krupp zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Polen lassen vermuten, dass es in der Bundesrepublik Kreise gibt, die diese Möglichkeiten erkannt haben.

Die zwischeneuropäischen, unter der Botmässigkeit der Sowjetunion stehenden Völker werden durch die deutsche Wiedervereinigungsforderung immer wieder an die Seite der Sowjetunion gedrängt. De Gaulle hat versucht, diese Furcht mit seiner Vision vom Europa, das bis zum Ural reichen würde, aufzufangen. Das wäre ein Europa, in dem Paris und Moskau einander die Hände reichten und so ein wiedervereinigtes Deutschland im Schach hielten. Die Vision ist genau so richtig wie die Behauptung, das Problem der Ueberbevölkerung der Erde werde gelöst sein, sobald es gelungen sein werde, den Mond zu besiedeln.

Näher als diese den Deutschen als Trostmittel verabfolgte Vision wäre, wie gesagt, eine von den kulturellen und wirtschaftlichen Gegebenheiten ausgehende, aktive Koordination der deutsch-französischen Politik um Mitteleuropa. Ob de Gaulle sie will, ist nicht zu erkennen. Dass die Deutschen allein dazu nie fähig sein werden, muss als sicher angenommen werden. Jedenfalls verträgt sich diese Lösung nicht mit den durch das Stichwort "Rapallo" umschriebenen Auffassungen und mit der überlieferten stillen Bewunderung der Deutschen für die massive Macht Russlands.

Kann man von Europa sagen, es befinde sich in einer Krise der Macht als dem Ergebnis seiner in den letzten fünfzig Jahren erfolgten machtpolitischen Abdankung, so wird in einem solchen Zusammenhang die Lage und die Haltung jener europäischer Staaten wichtig, die ich als die eingestandenen und die uneingestandenen Neutralen bezeichne. Die eingestandenen Neutralen sind jene, die aus ihrer effektiven materiellen Machtlosigkeit - wenn schon aus unterschiedlichen Beweggründen - die Konsequenzen gezogen haben und sich zur Politik der Neutralität bekennen.



Zu den uneingestanden Neutralen zähle ich jene Klein- und Mittelstaaten, die der Neutralität nicht deshalb abgeschworen haben, weil sie dem Ideal eines machtbewussten Europas anhangen, das aus den Trümmern der alten Welt neu zu schaffen wäre und das sich als weitere Kraft in das weltpolitische Spiel der ganz Grossen einzureihen hätte. Norwegen, Dänemark, die Niederlande, Belgien und Luxemburg haben ihre Neutralität nur deshalb aufgegeben, weil sie mit ihr schlechte Erfahrungen gemacht haben, während wir in der Schweiz sie beibehalten haben, weil wir mit ihr nur gute Erfahrungen gemacht haben. Diese Staaten sind deshalb Mitglieder der NATO, weil sie sich in diesem Verbands militärisch besser geschützt vorkommen als allein auf sich gestellt. Sie wären aber nie für eine NATO-Politik zu gewinnen, die sich offensiv in das weltpolitische Spiel einmischte.

Die Benelux-Staaten treten für eine europäische Integrationspolitik im Rahmen der EWG ein, weil ihnen an einer endgültigen Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich gelegen ist. Sie waren die Leidtragenden jener angeblichen Erbfeindschaft. Den Benelux-Staaten schwebt ein integriertes Europa vor, dessen Organen sich auch die Grossen, vor allem Deutschland und Frankreich, zu unterstellen hätten. Jede Entwicklung der Integration und einer die aussenpolitische und militärische Souveränität der Partner nicht tangierenden politischen Entwicklung auf der Grundlage eines französischen Führungsanspruchs, erfüllt sie mit Misstrauen. Dieses verstärkte sich, sobald sich der Führungsanspruch auf eine enge deutsch-französische Allianz gründen wollte. Die Benelux-Staaten, ganz besonders die Niederlande, begehren eine politische Integration Europas, weil sie vom bloss wirtschaftlich integrierten Europa fürchten, es werde sie rasch in die Abhängigkeit der französischen Aussenpolitik bringen. Umgekehrt denken natürlich auch sie nicht daran, die Europa-Idee gar für die Ziele der deutschen Wiedervereinigung oder einer irgendwie gearteten "neuen Kraft" einzusetzen.

Mit andern Worten: die politische Grundeinstellung der uneingestanden Neutralen Europas zur Frage der Haltung Europas im grossen Spannungsfeld der Weltpolitik unterscheidet sich von jener der Neutralen höchstens durch Nuancen.

Die ganze Problematik der europäischen Integration dürfte sich in der nächsten Zeit in der Diskussion über zwei Fragen zeigen: anlässlich der Behandlung des österreichischen Assoziierungsgesuches für die EWG und sodann, wenn innerhalb der EWG die Bestimmung der Einstimmigkeit für die Beschlüsse der Behörden der EWG vom Mehrheitsprinzip abgelöst werden soll.

Mit Bezug auf das Assoziierungsgesuch Oesterreichs zur EWG ist zu sagen, dass der Neutralitätsvorbehalt in diesem Falle ganz besonders ernst genommen werden muss, angesichts der Anschlussvergangenheit Oesterreichs. Die Sowjetunion wird keine Lösung akzeptieren, in welcher dem Anschlussvorbehalt nicht restlos Genüge getan sein wird. Die Bundesrepublik, die sich zum Assoziierungsgesuch Oesterreichs sehr wohlwollend geäußert hat, wird gerade wegen der Anschlussvergangenheit ihres Schützlings in den Verhandlungen vorsichtig sein müssen.

Die Haltung der Benelux-Länder, vor allem der Niederlande, mit Bezug auf das österreichische Gesuch wird deshalb reserviert sein, weil diese Staaten eine baldige politische Integration begehren und aus diesem Grunde der Assoziierung Neutraler stets opponiert haben. Die Assoziierung Neutraler muss der politischen Integration, das heisst der Schaffung übernationaler, souveräner europäischer Organe hinderlich sein. Aus diesem Grunde scheint mir theoretisch die nur scheinbar paradoxe Situation möglich, dass Frankreich die Assoziierung Oesterreichs begünstigen wird, um damit für seine Auffassung zu demonstrieren, die EWG sei eine Vereinigung mit rein wirtschaftlichen Zielen.

So oder so: das ganze Problem dieser Assoziierung ist geeignet, die internen Spannungen in der EWG neu zu beleben. Schon aus diesem Grunde ist mit keiner raschen Lösung zu rechnen.

Was die Frage des Mehrheitsprinzipes für die Beschlüsse der EWG-Organen betrifft, so ist sie nicht unmittelbar aktuell. Für uns ist aber ausgemacht, dass Frankreich alles daran setzen wird, um im gegebenen Moment dieses Mehrheitsprinzip nicht wirksam werden zu lassen. Solange de Gaulle Frankreich regiert, wird er sich nie den Beschlüssen eines "internationalen Aeropags" fügen - wie er sich ausgedrückt hat. Und ein Frankreich ohne de Gaulle wird sich aus dem Gefühl der Schwäche nicht fügen wollen.

Womit ich abschliessend und in Kürze zum letzten Punkt dieser Betrachtungen komme: Die politische Integration ist weniger reif denn je, und wir haben von ihr wenig zu fürchten. Im Gegenteil, auch in europäischer Sicht dürfte, parallel mit der Zunahme des machtpolitischen Spiels, unsere Neutralität wieder aufgewertet werden, übrigens auch in ihrem militärischen Teil angesichts der Krise der NATO.

Dagegen wird sich, wenn die Dinge so weiter gehen, die EWG vornehmlich zu einer - wirtschaftlich betrachtet - "europäischen Monopolgesellschaft" entwickeln und unsern aussenwirtschaftlichen Daseinskampf wesentlich erschweren. Er wird umso schwerer werden, als die Krise innerhalb der EFTA nach meiner Ueberzeugung nicht überwunden ist und in zahlreichen EFTA-Staaten der Fehlschluss gezogen wird, die Stagnation der politischen Integration werde allmählich auch eine solche auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Integration herbeiführen. Ich bin - wie Sie diesen gerafften Ausführungen haben entnehmen können - der Meinung, unsere Aussenhandelsdiplomatie müsse an allen Fronten kämpfen, an denen heute versucht wird, die Entwicklung der EWG zur blossen europäischen Monopolgesellschaft zu bremsen. Wir müssen unsere Freunde in der EFTA von der Notwendigkeit dieses Kampfes überzeugen.

Die Europa-Politik ist viel beweglicher geworden, als das noch vor zweieinhalb Jahren möglich schien. Verbunden mit der Erkenntnis, dass sich die europäischen Chancen der Neutralen verbessert haben, stimmt das zuversichtlicher, entbindet uns aber nicht der Pflicht, für unsere Sache zu kämpfen.

Womit ich diesen, im Stile des Schnellzeichners im Zirkus verfassten Abriss schliesse.

Peter Dürrenmatt